

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes \* Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

28. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.  
monatlich 20 Pf. ohne Beleggeld

Köln, den 8. November 1930

Erscheint vierzehntägig Samstags  
Eingangsnummer folgt 10 Pfennig

Nummer 23

## Handeln - nicht reden

Reich, Länder und Kommunen sehen dem Winter mit derselben bangen Sorge entgegen, wie die verantwortlichen Führer der Arbeiterschaft. Wir haben ein Arbeitslosenheer, das sich nicht vermindern will; die Kassen des Reiches, der Arbeitslosenversicherung, der kommunalen Wohlfahrtsämter sind schlecht gefüllt. Die Wirtschaft liegt Stein und Bein — und hinter allem steht der Kapitalismus und hehlt!

Sollte man nicht annehmen, daß in solcher Lage alle vernünftigen, verantwortungsbewußten Deutschen sich schleunigst zusammensetzen und für Abhilfe sorgen würden? Stattdem füttert man uns mit Schlagworten, kommt man vor lauter Sonderinteressen und wohl-erworbenen Rechten sich gegenseitig immer mehr in die Haare. In allen Zeitungen werden die verschiedenartigsten Vorschläge gemacht und den „andern“ gegenüber mit Leidenschaft vertreten.

Die Wirtschaft schwört darauf, daß ein Preisabbau nur durch vermehrte Arbeitszeit und billigere Löhne erreichbar sei. Die organisierte Arbeiterschaft fordert Hebung der Kaufkraft durch stabile Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und Abbau der überhöhten Preise. Scheinbar unüberbrückbare Gegensätze! Da ist es immerhin ein Fortschritt, wenn wenigstens einzelne Stimmen auch von führenden Industriellen erklingen, die im Lohnabbau und verkürzter Arbeitszeit allein nicht das Heilmittel sehen.

Wir haben schon in der letzten Nummer die Vorschläge des Legitimations-Gütermann kurz behandelt. Im „8-Uhr-Abendblatt“ Nr. 249/1930 macht ein Metall-industrieller neue Vorschläge unter der Stichmarke: „Wie wäre es mit der 40-Stundenwoche? — Für alle Be-  
weiligen wäre Arbeitszeitverkürzung praktischer als Lohnsenkung.“ In der „Papierzeitung“ Nr. 83/1930 ist ebenfalls einer Abhandlung aus freier Hand Raum gegeben. Das Problem „Preisrenten“ wird darin ganz in unserem Sinne behandelt.

Mit Lohn- bzw. Gehaltsminderung ist empfindliche Schwächung der Kaufkraft verbunden, der Verbrauch wird vermindert und die Sparmöglichkeit, also die Kapitalbildung, beschränkt. Mit dem Rückgang des Verbrauches ist noch schwächere Beschäftigung im Handel, Industrie und Landwirtschaft verbunden, und die durch Lohnsenkung verminderten Selbstkosten steigen von neuem, da die Winderzeugung, besonders in der Industrie, verteuert auf das Einzelstück wirkt. Sinkt aber der Absatz, dann steigt die Arbeitslosigkeit weiter, die Krise wird also nicht überwunden, sondern verschärft. Solche Bedenken bestehen gegen Senkung der Löhne.

Durchaus unsere Ansicht! Leider sind diese einsichtigen Unternehmer bisher noch sehr selten zu finden. Im Gegenteil sucht die Mehrheit der Arbeitgeberverbände mit allen Mitteln das Rezept durchzuführen: Mehrarbeit, weniger Lohn, Abbau der Sozialversicherungen.

Die schärfste Sprache führt dabei die bekannte „Deutsche Bergwerkszeitung“. In Nr. 240/1930 melbet sich „einer der ersten deutschen Industriellen“ zum Worte. Die Schriftleitung bezeichnet seinen Artikel „Heraus aus der Arbeitslosigkeit — durch Mehrarbeit!“ als besonders beherzigenswert. Dem Verfasser ist zunächst die englische Kohlenfuhr ein Grauel. Er fragt, ob man nicht versuchen müßte, diese Kohlen selbst zu liefern, koste was es wolle. Möglich wäre dies ganz einfach dadurch, daß der Bergbau die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert. Natürlich zu den bisherigen Endlöhnen!

Dieser Erfolg würde vor den schaurigen Gruben-unglücken geschrieben. Trotzdem wirft er ein bezeichnendes Licht auf die Profitgier der Regengewaltigen. Kohlen — mehr Kohlen — ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der armen Bergarbeiter.

Die „Bergarbeiterzeitung“ fordert aber nicht nur für den Bergbau Lohnsenkung und Mehrarbeit, sondern allgemein. Daß der ausländischen Konkurrenz nicht begegnet werden könne liege nur an den Gewerkschaften! An den Gewerkschaften aller Berufsverbände und aller Parteirichtungen!

Wer hilft uns, diesen Unverstand zu besiegen? Unser Volk wird verrotten und untergehen, wenn wir diese Hemmung nicht beseitigen!... Weiter wird als Ursache der Arbeitslosigkeit natürlich auch unsere Sozialpolitik angegeben. Das Schönste kommt aber noch!... „Eines ist absolut sicher, nämlich, daß es in zwei Jahren keinen einzigen Arbeitslosen mehr geben würde, wenn die vorhandenen 70 000 Arbeit-  
sekretäre verschwinden würden und dafür die Wirtschaft nur von einem einzigen Menschen geführt werden könnte, der, unbekümmert um politische Sonderinteressen, seinen geraden Weg ginge — Der Führer würde vom Volke nur eine höhere Leistung verlangen müssen, wie sie einzig und allein nur durch Verlängerung der Arbeitszeit zu erzielen wäre...“ Also, jetzt wissen wir's wieder einmal. Bei den 70 000 Gewerkschaftsfretären hat die „Bergwerkszeitung“ wahrscheinlich alle Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften mitgezählt. Sie schwindelt hier wider besseres Wissen; denn es ist ihr genau bekannt, daß in den Gewerkschaften keine unnötige Postenverteilung üblich ist. Im Gegensatz zu den großen Konzernen und Bergwerks-Gesellschaften, die in der Vergebung von Aufsichtsrats- und Direktionsstellen sehr großzügig sind. Aber weiß die Gewerkschaften hier unbedeutende Mahner sind, weil sie auch dem Arbeiter kein bißchen Recht zum Leben erkämpfen wollen — deshalb sind sie der Feind schlechthin!

Damit niemand auf den falschen Gedanken kommt: das spielt sich im Bergbau ab, uns in der graphischen Industrie geht das nichts an — auch einige Beispiele aus unseren Berufen. Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ Nr. 84/1930 stellt einem Artikel „Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit“ den Zeitgeboten voran: „Herabsetzung der Arbeitszeit kein Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit.“ Zum Schluß faßt die vorgebrachten Gedankengänge wie folgt zusammen:

„Für Deutschland würde in seiner gegenwärtigen Lage eine Herabsetzung der Arbeitszeit eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten. Sie würde die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt loslösen. Es ist eine Wahndee, die Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit bekämpfen zu wollen. Nur durch Mehrarbeit und Sparen können wir die Wirtschaftnot der Gegenwart überwinden. Das gilt auch für das Buchdruckgewerbe.“

In der „Papierzeitung“ Nr. 80/1930 befürchtet eine Geschäftsbücherfabrik, daß mancher verleitet werden könnte, dem Schlagwort „Preisrenten“ ohne Überlegung Folge zu leisten. Eine Preisrenten wäre aber gar nicht möglich, da die Preise ohnedies schon zu niedrig seien. Außerdem wären die Löhne bis 1932 festgelegt. Darauf wird er in einer folgenden Nummer der „Papierzeitung“ belehrt und zwar durch den „Api“, daß die Löhne nur bis Ende 1930 und Anfang 1931 laufen. Im übrigen stimme aber der „Api“ der Notiz durchaus zu.

Zu den in den „Api-Mitteilungen“ vertretenen Ansichten nahmen wir bereits in der letzten Nummer Stellung. Einige Sätze mögen aber noch einmal beweisen, daß sie durchaus so denken, wie die in stärkeren Farben auftragende „Bergwerkszeitung“. Die „Api-Mitteilungen“ empfehlen als einziges Heilmittel ebenfalls Lohnsenkung und Revision der überbelegten Sozialkassen. Sie schreiben u. a.:

„In der Tat liegt in der allgemeinen Lohnsenkung eine der Hauptmöglichkeiten zur Inangriffnahme der Wirtschaft. Wenn immer noch von unbedenklichen rationalen Elementen (den Gewerkschaften? D. Red.) das längst ad absurdum geführte Rezept empfohlen wird, durch steigende Löhne die Kaufkraft und damit den Inlandsmarkt zu beleben, so beweisen die augenblicklichen Verhältnisse, daß — damit der Karten immer tiefer in den Dreck gefahren wird.“

Auch die „Kartonnagen- und Papierwarenzeitung“ bläht in dasselbe Horn. Sie erzählt in Nr. 43/1930, wie

ihre Tariffkommission immer wieder der Gegenseite klar zu machen suchte, wofür übersteigerte Löhne führen. Und nun, bei der Frage des Lohn- und Preisabbaues, jängen die Gewerkschaften das alte Lied: „Die Kaufkraft“, die ohnehin durch das Heer der Arbeitslosen stark geschwächt ist, wird und muß weiter sinken, was erstrebt werden soll, kann nicht eintreten, da es schließlich der Waffe nicht mehr möglich sein wird, außer für Lebensmittel für andere Artikel als Käufer aufzutreten. Die alte Frage: „Was war eher, das Ei oder die Henne?“ In unserem Falle: „Müssen erst die Warenpreise fallen und dann die Löhne, oder umgekehrt?“

Die letzte Frage kann beantwortet werden. Waren aller Art sind reichlich vorhanden. Sie können nur nicht abgesetzt werden. Warum? Weil die noch in Arbeit und Verdienst stehende Arbeiterschaft schon so wenig verdient, daß sie nur den dringendsten Bedarf befriedigen kann. Außerdem läßt die immer drohende Gefahr der Arbeitslosigkeit den Entschluß, notwendige größere Anschaffungen wirklich auszuführen. Ferner dürfte der Kartonnagenzeitung bekannt sein, daß etwa 2,3 Millionen Industriearbeiter arbeitslos sind und etwa 1,8 Millionen kurz arbeiten. Die Kaufkraft dieser rund 4 Millionen Familien ist nur so groß, daß mit Mühe und Not der allerdringendste Lebensunterhalt befriedigt werden kann. Wenn diese 4 Millionen Menschen durch volle Beschäftigung in die Lage versetzt würden, nur je 15 RM. wöchentlich mehr verbrauchen zu können, bedeutet das doch einen sofortigen Mehrkonsum von 60 Millionen Reichsmark wöchentlich. Es könnten dann also die lagernden Waren verkauft werden, und das ist doch letzten Endes das Ziel der Produktion! Werden aber die Löhne gesenkt, die Arbeitszeit erhöht, dann werden gesteigerter Produktion verminderte Kaufkraft gegenüberstehen. Es ist noch weniger Ware an den Mann zu bringen, es werden also noch mehr schaffende Kräfte auf die Straße gesetzt. Die Folgen erhöhter Arbeitslosigkeit sind bekannt. Sie bedeuten noch mehr verminderte Steuereingänge, noch mehr gesteigerte Finanzschwierigkeiten, noch mehr erhöhte Anforderungen an die öffentliche Wohlfahrtspflege.

Jeder Arbeitslose belastet die deutsche Volkswirtschaft doppelt. Er scheidet einmal als Käufer und als Steuerzahler aus — und er muß irgendwie aus allgemeinen Mitteln vor dem Hungertod bewahrt werden. Dafür muß die Volkswirtschaft durch Steuern und sonstige Abgaben wieder aufkommen.

Es ist demnach richtiger, erst einmal die Warenpreise zu senken und durch verminderte Arbeitszeit mehr Menschen in Arbeit und Verdienst zu bringen, weil dadurch erst wieder Käufer geschaffen werden. Nicht Steigerung der Produktion kann helfen, sondern Hebung des Umsatzes. Also Käufer schaffen, keine Arbeitslosen!

Vielleicht sehen sich die einsichtigen Kreise im Arbeitgeberlager doch noch durch. Man soll nie die Hoffnung ganz aufgeben. Es wäre allerdings höchste Zeit!

Uns aber müssen die scharfen Angriffe auf die Gewerkschaften zu denken geben. Wenn die „Bergwerkszeitung“ und andere Arbeitgeberorgane die Gewerkschaften als die einzige Gefahr für ihre Pläne ansehen, haben wir alle Ursachen, uns nur noch enger zusammenzuschließen. Die „Kartonnagenzeitung“ gibt uns auch hier das Mittel an. Sie ruft den Fabrikanten zu:

„Seid einig, einig, einig!“

Schleicht euch eurem Berufsverband an. Habt ihr nicht volles Vertrauen, laßt euch in den Vorstand wählen, damit ihr in die Geschäfte handelnd eingreifen könnt.“

Das gilt wörtlich auch der Arbeiterschaft. Sie hat um so mehr Grund, für geschlossene, wohlgemittelte Abwehr zu sorgen, als ja mächtige Arbeitgeberverbände im Angriff sind.

Jetzt heißt es: Handeln, nicht reden! hinein in den Graphischen Zentralverband, hinein in die christlichen Gewerkschaften! Den letzten Außenstehenden hereinholen. Und dann mit Hochdruck daran gearbeitet, daß endlich das Schlagwort Preisabbau Wahrheit wird — aber nicht nur auf Kosten der Arbeiterschaft!

Berufsaussichten -

Aufstiegsmöglichkeiten

„Was soll unser Junge werden? — Die Buchbinderei kann ich nur empfehlen!“

So lesen wir im „Elternblatt“ Nr. 10/1930, dem Organ des Reichsverbandes der Elternbeiräte mittlerer Schulen Deutschlands. Dieses sonst sehr gut geleitete und durchaus ernst zu nehmende Blatt empfiehlt eine Schrift von Mittelschuldirektor R. Maassen, „Die Schul- und Berufsaufbahnen der Schüler und Schülerinnen mittlerer Lehranstalten“, und druckt unter oben genanntem Titel eine in Dialogform gehaltene Empfehlung des Buchbinderberufes ab.

Ein Mittelschullehrer befragt darin einen früheren Schüler: „Haben Sie es aber schnell zum selbständigen Buchbindermeister gebracht!“ Der erzählt nun, wie er von Anfang darauf losgesteuert habe, und nun schon einige Jahre ein selbständiges Buchbinderei-, Papier- und Buchgeschäft besitze. Damit wäre er sehr zufrieden. Das offene Ladengeschäft bringe täglich Geld in die Kasse. Es würde auf Papierwaren gut verdient. Einen guten Teil seines Einkommens erwerbe er durch die Werkstatt, besonders vormittags wäre er „vorzugswweise“ handwerklich tätig. — „Auf dem Gebiete der Persönlichkeits-, Wert- und Kunstarbeit kann uns die Industrie und der Großbetrieb nicht folgen und durch Rationalisierung aus dem Felde schlagen.“

Die Frage des Lehrers: „Sie können also unseren Mitbürgern raten, Ihr Handwerk zu erlernen?“ beantwortet er mit: „Unbedingt, wenn die Eignung vorhanden ist: kräftige Arme, geschickte Hände, gute Augen, zeichnerische Begabung, Geschmack und kaufmännischer Sinn.“

Interessant ist auch die Antwort auf die letzte Frage: „Wie ist der Werdegang und die Entlohnung?“

„Dreijährige Lehrzeit genügt, daneben Besuch der Fachklassen oder der Kunstgewerbeschule, Abteilung für Buchkunst, Schriftsatz und Graphik. Dann Gehilfenprüfung. Anfangslohn 60—80 Pf., steigend in vier Jahren bis 100—110 Kpf. Es kommen wohl zwei Aufstiegsmöglichkeiten in Betracht: 1. als Spezialist, Meister, Abteilungs- und Betriebsleiter in Großbetrieben, 2. als selbständiger Meister mit eigenem Geschäft, wie ich es habe.“

Wir nehmen ohne weiteres an, daß der Verfasser dieser interessanten Abhandlung in allerbesten Absicht handelt. Wir zweifeln auch nicht daran, daß er die wiedergegebenen Informationen wirklich erhielt. Aber — alles kann dennoch nicht stimmen!

Wenn beispielsweise die Klage- und Sammlerlieder wahr sind, die im Organ der Buchbinder-Innung und anderen einschlägigen Fachschriften angestimmt werden, kann es dem selbständigen Buchbinder- und Papierwarenhändler nicht so gut gehen. Wenn man dann noch die Einstellung der Innungsmeister zu und bei den Tarifverhandlungen kennt — und welcher gewerkschaftlich tätige Buchbinder kennt sie nicht — muß man unwillkürlich fragen: was ist nun richtig?

Bei den Verhandlungen beteuern die Meister in heftigen und langen Ergüssen, daß es ihnen viel, viel schlechter gehe, wie den Gehilfen, daß sie von der Substanz zehren müssten, kein Geld einnehmen, nichts verdienen. Der Gewährsmann des Herrn Maassen im „Elternblatt“ ist dagegen sehr zufrieden! Nach seinen Angaben ist weiter nur ein Kapital von 2—3 000 RM. nötig, um eine neuzeitliche Werkstatt einzurichten — da kann man doch auch nicht lange von der „Substanz“ zehren. Also — etwas stimmt da nicht.

Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, sagt ein alter deutscher Rechtspruch. Das hätte der zweifellos sehr gelehrte Herr Verfasser wissen und vorher beachten müssen. Unsere Aufgabe ist es nicht, den Widerspruch für diesen Teil der Abhandlung aufzuklären. Wir nehmen aber die Tatsache, daß es scheinbar doch nicht allen selbständigen Buchbindern so schlecht geht, gern zur Kenntnis.

Dagegen müssen wir uns mit dem Schlusse des erwähnten Artikels noch etwas näher befassen. „Dreijährige Lehrzeit genügt“ — Richtig, ist auch unser Standpunkt, den wir in wiederholten Verhandlungen vertreten. Vor allem deshalb, weil in der über drei Jahre liegenden Lehrzeit der Lehrling meistens als billige Arbeitskraft einen Gehilfen ersetzen muß. Im Hinblick auf die sehr schmalen Einkünfte eines neu angelernten Gehilfen und die große Arbeitslosigkeit ein doppelt, ihm zugefügtes Unrecht.

Es nützt aber wenig, wenn sich hier unsere Ansichten mit den im „Elternblatt“ vertretenen decken. In Wirklichkeit ist fast allgemein die dreieinhalbjährige Lehrzeit im Buchbinderberuf eingeführt. Im Bund Deutscher Buchbinder-Innungen — der doch wahrscheinlich der „ehemalige Mittelschüler“ auch angehört — wurde aber schon wiederholt die Einführung einer vierjährigen Lehre gefordert.

Ebenso ungenügend zeigt sich der Gewährsmann des „Elternblattes“ über die Entlohnung unterrichtet. Die Angaben sind zu summarisch, die Zahlen unrichtig. Dann die Aufstiegsmöglichkeiten!

Mit der Möglichkeit, „selbständiger Meister mit eigenem Geschäft“ möge sich die dafür berufene Stelle auseinanderlegen. Dem ehemaligen Mittelschüler werden aber auch noch andere Aufstiegsmöglichkeiten in Aussicht gestellt: „Spezialist, Meister, Abteilungs- und Betriebsleiter in Großbetrieben.“ — Leider sind für diese Posten keine näheren Angaben über Aussichten, Einkommen usw. gemacht. Schade, wir hätten dabei vielleicht ebenso interessante Einzelheiten erfahren, wie beim selbständigen Meister mit eigenem Geschäft.

Für einen etwa nötigen Neudruck der „Schul- und Berufsaufbahnen“ stellen wir aber dem Herrn Verfasser gern die Erfahrungen unserer Kollegen auf diesem Gebiete zur Verfügung. Es gibt eine erschreckend große Anzahl wirklich tüchtiger, erstklassiger Kräfte, die trotz Meistertitel, trotz aller Spezialkenntnisse, nicht aufsteigen können. Die vielfach so lange unter der Arbeitslosigkeit leiden mußten, daß sie g-belleibige Arbeiten nehmen würden — wenn sie ihnen geboten würde.

Den toten Knappen

Entsetzen und Trauer hat die gesamte deutsche Arbeiterschaft erfaßt. Eine der schwersten Grubentatstrophen, die den deutschen Bergbau je traf, vernichtete in Alsdorf bei Aachen über 260 blühende Menschenleben. Und just an dem Tage, wo diese Opfer der Arbeit zur letzten Ruhe gebettet werden, kam die Kunde von einem neuen Unglück. Eine Schlagwetterexplosion in der Grube Maybach bei Saarbrücken forderte fast 100 Todesopfer. — Vor wenigen Monaten, in den ersten Juliwochen, fanden in der Benzgestausgrube bei Neurode 150 braue Bergknappen den Tod. Wahrlich, eine furchtbare Todesernte unten in den schwarzen Schächten!

Wiedel Jammer und Herzeleid umschließen diese falken Zahlen. — Jetzt 360, vor Wochen 150 Tote der Arbeit! Unjagbare Trauer und Not sind in Hunderte von Familien eingetehrt. Hier zu helfen, ist eine selbstverständliche Pflicht aller, die es nur eben können.

Im deutschen Bergbau sind dösliche Unglücksfälle eine tägliche Erscheinung. Von diesem stillen Heldentum, von diesen täglichen Todesopfern, erfährt die Öffentlichkeit im allgemeinen nichts! Bei solch großen Massenunglücken schreckt die Öffentlichkeit auf, man sucht zu helfen, zu lindern!

Aber über den toten soll man die lebenden Bergknappen nicht vergessen, die jeden Tag dasselbe Schicksal treffen kann. Jedes neue Unglück im Schacht ist eine neue Anklage! Warum zahlt man dem Bergmann, der unter ständiger Lebensgefahr die schwarzen Diamanten fördert, nicht einen besseren Lohn? Warum gibt man ihm nicht genügend bezahlten Urlaub, daß er von dem Alpdruck ständiger Todesnähe aufatmen —, Mensch sein kann?

Als Christen weihen wir den Toten ein stilles Gebeten und unser Gebet. Als christliche Gewerkschafter geloben wir an den Grübern der toten Arbeitshelden: wir wollen unsere ganze Kraft einsetzen, um den Männern und Frauen mehr Schutz für Leben und Gesundheit und bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Wir können nicht annehmen, daß ehemalige Mittelschüler in solchen Fällen günstigerer Aufstiegsmöglichkeiten hätten. Ausschlaggebend sind ja hier allein die praktischen Kenntnisse und Erfahrungen aus dem Berufe, nicht wahr? An hervorragenden Spezialisten und geeigneten Anwärtern auf leitende Posten ist also kein Mangel. Wir können nicht glauben, daß den ehemaligen Mittelschülern ein großer Dienst erwiesen wird, wenn sie auf Grund dieser glänzenden Schilderung den Buchbinderberuf ergreifen, und sich dann in der nächstern Wirklichkeit bitter enttäuscht sehen.

Gesetzt hat uns die Tatsache, daß hier einmal das Buchbinderhandwerk nicht als Beruf für körperlich oder geistig Behinderte hingestellt wird. Wir würden das als großen Fortschritt in der Beurteilung unseres schönen, aber leider überfüllten Berufes. Da wurde von mancher amtlichen oder privaten Berufsberatungsstelle schon schwer gekündigt. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die Ausbildung von Buchbinderlehrlingen in Krüppelheimen erinnert.

Wir freuen uns, in diesem Punkte mit dem Elternblatt einig gehen zu können. Die übrigen zum Teil schiefen Ansichten sind dem Nicht-Fachmann zu verzeihen. Aber — eine Frage zum Schlusse:

Wäre es nicht besser, wenn alle die Stellen, die sich berufen fühlen, in Wort und Schrift über die einzelnen Berufe und ihre Aussichten Auskunft zu geben, vorher mit den sachkundigen Organisationen der Gehilfen und Meister Verbindung suchten? —

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Neuregelung der Krisenfürsorge für Arbeitslose. Der Reichsarbeitsminister hat durch Verordnung vom 11. Oktober 1930 die neue Regelung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose bekanntgegeben (Reichsgesetzblatt Nr. 43 vom 20. Oktober 1930). Die Erweiterung des durch die Fürsorge jetzt erfaßten Personenkreises geschah durch eine Kürzung der Unterfürgungsbauer und der Unterfürgungshöhe. Weitere Änderungen sind die Herausnahme der Arbeitslosen mit kurzer Anwartschaft und der Jugendhelfer unter 21 Jahre, sowie die unterschiedliche Behandlung in der Abgrenzung des Personenkreises in Gemeinden über und unter 10 000 Einwohnern.

Die Unterfürgungshöhe wurde durchschnittlich um eine Lohnklasse (für Ledige und zwei Lohnklassen) herabgesetzt. Es erhalten jetzt die Arbeitslosen mit mindestens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen statt die Sätze

der Lohnklasse VI die der Klasse V, „ „ VII und VIII „ „ „ VII, „ „ IX, X „ XI „ „ VII.

Die Unterfürgungssätze für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige liegen eine weitere Lohnklasse niedriger, außerdem wird ihnen auch in der Lohnklasse V die Unterfürgung nur nach der Klasse IV gewährt. Während also bei der bisherigen Regelung die Arbeitslosenunterfürgungssätze der Klassen VI bis VIII zu Grunde gelegt waren, finden nach der neuen Verordnung nur noch die Sätze der Klassen V bis VII (für Ledige IV bis VI) Anwendung.

Es gelten also folgende Sätze:

Table with 4 columns: Lohnklasse, Wochenlohn für Arbeitslose ohne Angehörige, Wochenlohn für Arbeitslose mit Angehörige, Höchstlohn. Rows include classes I to XI and X u. XI über.

Die Krisenunterstützung wird nur gewährt, soweit der Arbeitslose bedürftig ist. Die Grundsätze für die Prüfung der Bedürftigkeit sind gegenüber der bisherigen Regelung erheblich verschärft. Die Anrechnung der eigenen, sowohl als die Einkommen der Angehörigen des Arbeitslosen und die Verwertung von Vermögen und Besitz und von Einnahmen daraus wird neu geregelt. Dazu tritt noch eine besondere Prüfung in der Fällen, in denen der Arbeitslose in dem Haushalt von Stief-, Schwieger- oder Pflegeeltern aufgenommen ist oder beim Bestehen familiengerichtlicher Unterhaltsansprüche.

Krisenunterstützung erhalten nur Arbeitslose, die ihren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpft und das 21. Lebensjahr vollendet haben. Der für die Unterfürgung in Frage kommende Personenkreis umfaßt in den Gemeinden über 10 000 Einwohner die Angehörigen aller Berufsgruppen mit Ausnahme der Gruppe 1—2 (Landwirtschaft), aber ohne die landwirtschaftlichen Angestellten, und der Gruppe 22 (häusliche Dienste). Die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter sind ermächtigt, für die Gemeinden unter 10 000 Einwohner in ihrem Amtsbezirk die Zulassung von Berufsgruppen zur Krisenunterstützung nach dem besonderen bezirklichen Bedürfnis zu prüfen. Dabei sollen die Bestimmungen über die bisher zugelassenen Gruppen auch bezüglich etwaiger Einschränkungen bestehen bleiben. Weiter haben die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter in kurzen Zeitabständen nachzuprüfen, ob die Krisenunterstützung innerhalb der zugelassenen Berufsgruppen für einzelne Bezirke, Gemeinden, Berufe oder Personengruppen nach der Lage des Arbeitsmarktes entbehrt werden kann. Für die Empfänger der Krisenunterstützung gelten die gesetzlichen Bestimmungen über die Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen bzw. Richtlinien.

Die Höchstdauer der Krisenunterstützung beträgt in der Regel 32 Wochen (bisher 39 Wochen). Sie kann für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, bis auf 45 Wochen (bisher 52 Wochen) verlängert werden. Andererseits kann sie auch auf einen kürzeren als den höchst zulässigen Zeitraum beschränkt werden, wenn die